

# Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

In der Berichterstattung über die Europäische Union war im letzten Jahrzehnt meistens von Krisen die Rede: Die Bankenkrise, aus der sich die von vielen als Euro-Krise bezeichnete Staatsschuldenkrise entwickelte. Das Erstarken nationalistischer Parteien in vielen europäischen Ländern, das wiederholte Scheitern, sich auf eine gemeinsame Grenzsicherung und Einwanderungspolitik zu verständigen, schließlich der Entschluss Großbritanniens, die Gemeinschaft zu verlassen. Europa, so konnte man meinen, sei wenn auch nicht gänzlich gescheitert, so doch zumindest gelähmt. Verständlich, wenn sich die Menschen von einem solchen handlungsunfähigen Konstrukt abwandten.<sup>1</sup>

## Die Grundhaltung gegenüber der Europäischen Union

Doch die Annahme, dass sich die Bürger mehrheitlich von der EU abgewandt hätten, so einleuchtend sie auf den ersten Blick scheinen mag, war bezüglich der meisten Mitgliedstaaten zu keinem Zeitpunkt richtig. Selbst im traditionell europaskeptischen Großbritannien war die Bevölkerung zum Zeitpunkt der Volksabstimmung vom 23. Juni 2016 in zwei gleich große Lager gespalten und blieb es auch danach.<sup>2</sup> In den meisten anderen Ländern war die Grundhaltung gegenüber der europäischen Einigung ohnehin positiv, trotz aller populistischen Strömungen und der durchaus populären Forderungen, Kompetenzen von der EU-Ebene auf die Nationalstaaten zurückzuverlagern.<sup>3</sup> Nach dem britischen Referendum wuchs das Ansehen der Gemeinschaft in vielen Ländern sogar wieder.<sup>4</sup> Es war, als würde den Bürgern der Wert des vereinten Europa erst bewusst, als es in Gefahr geriet.

Auch ein Jahr später ist – soweit die Trenddaten der Umfrageforschung dies erkennen lassen – das Ansehen der Europäischen Union nicht wieder auf das vorherige Niveau zurückgefallen. Laut Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach stieg im Jahr 2017 die Zahl der Befragten, die angaben, sie hätten sehr großes oder großes Vertrauen in die EU, gegenüber dem Vorjahr von 32 auf 42 Prozent.<sup>5</sup> Im Januar 2018 wurde mit 40 Prozent fast das gleiche Ergebnis erzielt, ein Wert der vorher zuletzt im Januar 2002 übertroffen worden war.<sup>6</sup> Auch hinsichtlich der Bewertung, ob Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft eher Vor- und Nachteile habe, ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen: Im

---

1 Vgl. zur Berichterstattung Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2012, Baden-Baden 2012, S. 369–378, hier S. 369; Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden 2015, S. 377–387, hier S. 377.

2 Ipsos MORI: House of Lords Research Topline, 21.2.17, S. 1, abrufbar unter: <https://www.ipsos.com/ipsos-mori/en-uk/latest-public-attitudes-brexit> (letzter Zugriff: 26.7.2018).

3 Vgl. zum Beispiel PEW Research Center: Spring 2016 Global Attitudes Survey, Q. 50B.

4 Vgl. PEW Bruce Stokes/Richard Wike/Dorothy Manevich: Post-Brexit, Europeans More Favorable Toward EU, abrufbar unter: <http://www.pewglobal.org/2017/06/15/post-brexit-europeans-more-favorable-toward-eu/> (letzter Zugriff: 26.7.2018).

5 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11061, 11076/III.

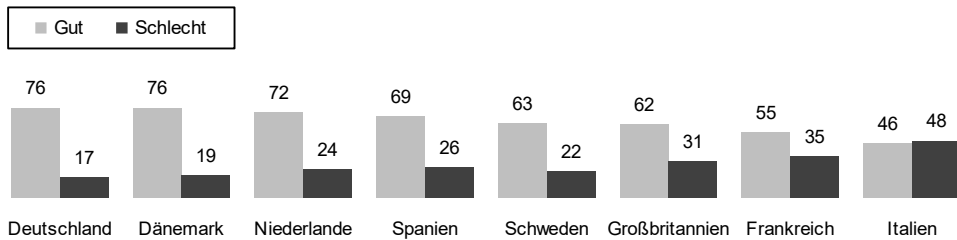
6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7016, 11081.

März 2017 hatten 37 Prozent der Befragten gesagt, Deutschland habe durch seine EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile. Nur 14 Prozent glaubten an mehr Nachteile, eine relative Mehrheit von 36 Prozent meinte, die Vor- und Nachteile glichen sich aus. Vor 2017 hatte der Anteil derjenigen, die meinten, die Vorteile überwiegen, nur selten die 30-Prozent-Marke erreicht, oft hatte er auch unter 20 Prozent gelegen. Im Januar 2018 lag er nun bei 36 Prozent, dem nach 2017 zweithöchsten Wert seit Beginn der Trendreihe im Jahr 1991.<sup>7</sup>

Mit dieser Entwicklung steht Deutschland nicht alleine da. Das amerikanische Pew Research Center stellte um den Jahreswechsel 2017/2018 im Rahmen einer umfangreichen Untersuchung in acht westeuropäischen Ländern die Frage, ob die EU-Mitgliedschaft gut oder schlecht für die Wirtschaft des eigenen Landes sei. In sieben der acht Länder sagten klare Mehrheiten der Befragten, die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft sei gut für das eigene Land. Darunter sogar auch in Großbritannien, wo fast zwei Drittel (62 Prozent) diese Antwort gaben. Lediglich in Italien zeigte sich die Bevölkerung in zwei praktisch gleich große Lager gespalten (Grafik 1).<sup>8</sup> Angesichts der mittlerweile fast seit einem Jahrzehnt anhaltenden Krisenberichterstattung gerade mit Bezug auf ökonomische Themen ist dies ein bemerkenswertes Ergebnis.

*Grafik 1: Westeuropäer sehen überwiegend Vorteile in der EU-Mitgliedschaft*

Frage: „Ist die EU-Mitgliedschaft gut oder schlecht für die Wirtschaft unseres Landes?“



Quelle: Simmons et al., S. 48.

Auch die lange Zeit populäre Perspektive, dass die EU ein „Superstaat“ sei, der sich übermäßig in die Angelegenheiten der Mitgliedstaaten einmischt, scheint keinen weiteren Zulauf zu bekommen, eher im Gegenteil: Zwar ist weiterhin eine Mehrheit der Bürger in den westeuropäischen Ländern der Ansicht, es sollten Kompetenzen von der europäischen Ebene auf die der Nationalstaaten zurückverlagert werden,<sup>9</sup> doch zumindest in Deutschland, dessen Bevölkerung in dieser Hinsicht bisher keine grundlegend anderen Antworten gab als die Bürger anderer westeuropäischer Länder, ist eine Trendwende zu verzeichnen. Im Juni 2018 gaben 32 Prozent der Befragten an, die EU mische sich zu viel in die Angelegenheiten der Mitgliedstaaten ein. Das war der niedrigste Wert seit dem Jahr 2008 (Grafik 2). Der zugespitzten Formulierung, wonach die EU eine überflüssige Institution sei, die die einzelnen Länder bevormunde, stimmte in Deutschland nur eine kleine Minder-

7 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 5050, 11068, 11081.

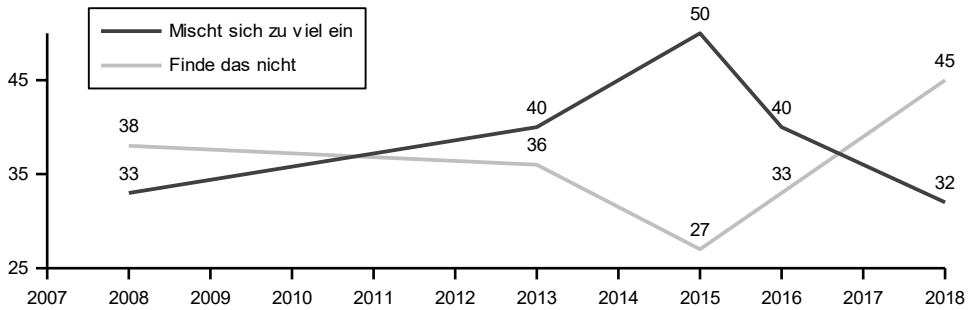
8 Katie Simmons et al.: In Western Europe, Populist Parties Tap Anti-Establishment Frustration but Have Little Appeal Across Ideological Divide. Pew Research Center, Juli 2018, S. 48, abrufbar unter: <http://www.pewglobal.org/2018/07/12/in-western-europe-populist-parties-tap-anti-establishment-frustration-but-have-little-appeal-across-ideological-divide/> (letzter Zugriff: 26.7.2018).

9 Simmons et al.: Western Europe, 2018, S. 50.

heit von 14 Prozent zu. Lediglich bei den Wählern der Alternative für Deutschland (AfD) waren es 50 Prozent.<sup>10</sup> Sie stehen damit in der deutschen Gesellschaft isoliert da, wie lautstark sie diese Position auch vertreten mögen.

*Grafik 2: Deutschland: Mischt sich die EU zu sehr ein?*

Frage: „Finden Sie, Europa, also die Europäische Union, mischt sich zu viel in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer ein, oder finden Sie das nicht?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10020, 11013, 11038, 11061, 11087

### Unbehagen nach der Brexit-Entscheidung

Die Entscheidung der britischen Bevölkerung, die Europäische Union zu verlassen, ist von den Bürgern der meisten europäischen Länder als Fehler eingestuft worden,<sup>11</sup> doch in Großbritannien selbst blieb das Meinungsklima gespalten. Auch nach der Volksabstimmung blieben die Lager der Anhänger und Gegner eines Ausscheidens aus der Gemeinschaft praktisch unverändert.<sup>12</sup> Und doch wandelt sich die Stimmung der britischen Bürger mit dem Näherrücken des Austrittsdatums. Stand die Abstimmung im Juni 2016 noch im Zeichen des Themas Einwanderung, ist dieser Aspekt nun in den Hintergrund geraten. Das Umfrageinstitut Ipsos MORI stellt in seinen Bevölkerungsumfragen regelmäßig die Frage „Was würden Sie sagen, ist heute das wichtigste Thema in Großbritannien?“ Die Befragten können ihre Antworten dabei frei formulieren. Im Februar 2016, also im Vorfeld der Volksabstimmung, nannten 27 Prozent der Befragten die Einwanderung als das wichtigste Thema. Mit großem Abstand folgten Themen wie Probleme im Gesundheitswesen und Aspekte, die abseits der Einwanderung die Beziehung zwischen Großbritannien und den übrigen EU-Ländern betrafen. Es ist nicht gewagt anzunehmen, dass letztlich die verbreitete Sorge um eine angebliche Masseneinwanderung aus der EU beim Referendum vom 23. Juni 2016 den Ausschlag gab.<sup>13</sup>

Zwei Jahre später ist von dieser Sorge nicht viel übrig geblieben. Zwar sprachen sich im Mai 2018 56 Prozent der Befragten nach wie vor für eine Reduzierung der Einwanderer-

<sup>10</sup> Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11087.

<sup>11</sup> Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2017, Baden-Baden 2017, S. 197–206, hier S. 202.

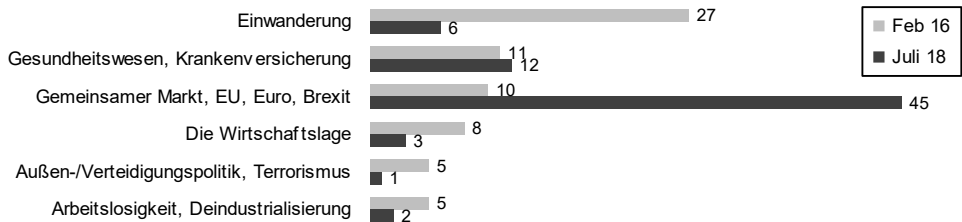
<sup>12</sup> Petersen: Öffentliche Meinung, 2017, S. 203.

<sup>13</sup> Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2016, Baden-Baden 2016, S. 181–190, hier S. 182–183.

zahlen aus,<sup>14</sup> doch das Thema hat an unmittelbarer Brisanz verloren. Stattdessen rücken die Sorgen angesichts der zu erwartenden Folgen des Ausstiegs aus der EU in den Vordergrund. Bei der offenen Frage nach dem wichtigsten Thema in Großbritannien standen im Juli 2018 die Hinweise auf die Europäische Union und den Brexit mit weitem Abstand an erster Stelle der Nennungen. Das Thema Einwanderung, das noch 2016 die Reaktionen der Befragten dominiert hatte, wurde nur noch von 6 Prozent genannt (Grafik 3).

### Grafik 3: Großbritannien: Wichtige Themen

Frage: „Was würden Sie sagen, ist heute das wichtigste Thema in Großbritannien?“ (Offene Frage, keine Antwortvorgaben) – Auszug aus den Angaben



Quelle: Ipsos MORI JNQ 2018

Die Stimmung im Land ist anscheinend von der wachsenden Sorge geprägt, die Regierung könnte den Schwierigkeiten, die mit dem EU-Austritt verbunden sind, nicht gewachsen sein. Auf die Frage „Glauben Sie, dass sich die Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten verbessern oder verschlechtern wird?“ antworteten im Juni 2018 54 Prozent, ihrer Ansicht nach werde sich die Wirtschaftslage verschlechtern, nur 19 Prozent glaubten an eine Verbesserung.<sup>15</sup> Ebenso meinten 42 Prozent, Premierministerin Theresa May habe sich bei den Austrittsverhandlungen bisher schlechter durchsetzen können als die Vertreter der EU, während 8 Prozent glaubten, sie habe sich besser durchsetzen können. Folgerichtig sagte auch eine relative Mehrheit von 30 Prozent, dass bei einem Scheitern der Verhandlungen die Schuld in erster Linie bei der britischen Regierung zu suchen sei. Nur 18 Prozent meinten, in diesem Fall müsse man die Hauptverantwortung der EU zuweisen.<sup>16</sup> Man meint, in den britischen Umfragen ein Anwachsen der Nervosität zu erkennen. Besonders deutlich wird dies in den Antworten auf die Frage nach dem Vertrauen in Theresa Mays Verhandlungsgeschick gegenüber der EU. Der Anteil derjenigen, die auf die Frage antworteten, sie hätten in dieser Hinsicht „viel“ oder wenigstens „einiges“ Vertrauen, ging in der Zeit vom März 2017 bis Juli 2018 rapide zurück (Grafik 4).<sup>17</sup>

14 Kully Kaur-Ballagan/Bobby Duffy/Glenn Gottfried: Attitudes towards Immigration after Windrush, abrufbar unter: <https://www.ipsos.com/ipsos-mori/en-uk/attitudes-towards-immigration-after-windrush> (letzter Zugriff: 1.8.2018).

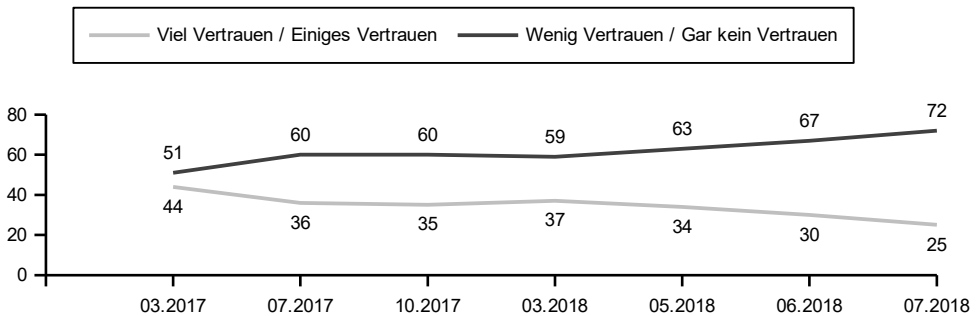
15 Ipsos MORI Political Monitor, June 2018. J17-099457-01.

16 Ipsos MORI Political Monitor, 2018.

17 Gideon Skinner/Glenn Gottfried/Cameron Garrett: Confidence in Theresa May to get a good Brexit deal reaches new low, abrufbar unter: <https://www.ipsos.com/ipsos-mori/en-uk/confidence-theresa-may-get-good-brexit-deal-reaches-new-low> (letzter Zugriff 1.8.2018).

## Grafik 4: Großbritannien: Vertrauen in Theresa Mays Verhandlungserfolg

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie, dass Theresa May bei den Verhandlungen mit den europäischen Regierungen einen für Großbritannien guten Abschluss erreichen wird?“



Quelle: Ipsos MORI J17-099457-01

Dabei zeigt sich die schwierige Lage, die die Verhandlungen derzeit ausweglos erscheinen lässt, auch auf der Ebene der Bevölkerung: Während die britische Öffentlichkeit von ihrer Regierung erwartet, ein Abkommen zu erzielen, das Großbritannien möglichst viele Vorteile der EU-Mitgliedschaft auch außerhalb der Gemeinschaft bewahrt, ist zumindest die deutsche Bevölkerung nicht bereit, dem Land eben diese Vorteile zuzugestehen. Obwohl eine große Mehrheit der Deutschen den Beschluss Großbritanniens, aus der EU auszutreten, bedauert,<sup>18</sup> zeigt sich die deutsche Bevölkerung in diesem Punkt unnachgiebig: 60 Prozent sagten im September 2017, man solle die Vorteile der EU-Mitgliedschaft konsequent entziehen, nur 23 Prozent widersprachen.<sup>19</sup> Die Positionen der Briten und der Deutschen (und mit ihnen vermutlich der Bevölkerung der meisten anderen EU-Staaten) erscheinen damit unvereinbar: Was die jeweils eine Seite von ihrer Regierung fest erwartet, ist für die jeweils andere Seite unakzeptabel.

### Verhärtete Fronten beim Thema Einwanderung – die deutsche Perspektive

Die Unvereinbarkeit der Erwartungen in verschiedenen Ländern Europas zeigt sich auch beim Thema Einwanderung, das viele Menschen weiterhin sehr beschäftigt. Die psychologische Bedeutung dieses Themas kann kaum überschätzt werden. Gelegentlich ist zu lesen, dass dieses Thema in der Öffentlichkeit zu sehr betont werde und die Bürger andere politische Aufgaben wie die Rentenpolitik für wichtiger hielten.<sup>20</sup> Doch solche Interpretationen führen in die Irre: Zwar nennen viele Befragte auf direkte Nachfrage die Rentenpolitik als besonders wichtiges Thema. Doch für das Meinungsklima ist nicht vorrangig entscheidend, welche Themen als wichtig erachtet werden, sondern welche die Quelle der größten Beunruhigung der Bürger sind. Dies ist, zumindest in Deutschland, seit Jahren mit weitem Abstand vor allen anderen Themen die Einwanderungspolitik.<sup>21</sup> Mit Bezug zur europäischen Einigung ist an dieser Stelle festzuhalten, dass es sich bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise

18 Vgl. Petersen: Öffentliche Meinung, 2016, S. 186–187.

19 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11076/III.

20 Vgl. zum Beispiel Nadine Lindner: Schlechte Noten für die Regierungskoalition, in: Deutschlandfunk vom 3. August 2018, abrufbar unter: [https://www.deutschlandfunk.de/ard-deutschlandtrend-schlechte-noten-fuer-die.1766.de.html?dram:article\\_id=424576](https://www.deutschlandfunk.de/ard-deutschlandtrend-schlechte-noten-fuer-die.1766.de.html?dram:article_id=424576) (letzter Zugriff: 6.8.2018).

für eine große Mehrheit von 70 Prozent der Deutschen um eine Aufgabe handelt, um die sich die europäischen Länder gemeinsam kümmern müssen. Nur 23 Prozent meinten im Juni 2018, das müsste jedes Land für sich entscheiden.<sup>22</sup> Gleichzeitig haben die Menschen in Deutschland das Gefühl, in dieser Hinsicht von den anderen Ländern im Stich gelassen zu werden. Ebenfalls im Juni 2018 wurde gefragt: „Wie ist Ihr Eindruck: Bemühen sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation zu finden, oder bemühen sie sich nicht darum?“ Lediglich 17 Prozent glaubten ein solches Bemühen bei den anderen Ländern zu erkennen, rund zwei Drittel (67 Prozent) widersprachen.<sup>23</sup> Der Eindruck, mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen alleine gelassen zu werden, führt bei vielen zu deutlicher Verärgerung. Eine klare Mehrheit von 60 Prozent der Befragten antwortete im September 2017, sie habe kein Verständnis dafür, dass einige Länder nur wenige oder gar keine Flüchtlinge ins Land ließen.<sup>24</sup> Auch das Bedürfnis, solche Länder für ihr Verhalten zu bestrafen, ist weit verbreitet. Auf die Frage „Sollte es für EU-Länder, die keine oder nur ganz wenige Flüchtlinge aufnehmen, Sanktionen geben, z. B. durch Kürzungen der Zuschüsse, oder sollte es keine Sanktionen geben?“ antworteten im Juni 2018 71 Prozent, sie würden solche Sanktionen befürworten. Nur 16 Prozent waren dagegen.<sup>25</sup>

### **Verhärtete Fronten beim Thema Einwanderung – die ost-mitteuropäische Perspektive**

Die Bevölkerung der betreffenden Länder zeigt sich von solchen Positionen in Deutschland unbeeindruckt. Ende 2017 veröffentlichte das polnische Umfrageforschungsinstitut CBOS die Ergebnisse einer parallel in Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei verwirklichten Umfrage. Darin war die Frage enthalten: „Sollte Polen/die Tschechische Republik/die Slowakei einen Teil der Flüchtlinge aufnehmen, die aus dem Nahen Osten und Afrika nach Europa kommen?“ Überwältigende Mehrheiten in allen drei Ländern antworteten auf diese Frage mit „Nein“ (siehe Graphik 5).<sup>26</sup> An diesen Antworten änderte sich auch nichts, wenn im Fragetext ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass dies den Verlust finanzieller Unterstützung durch die EU zur Folge haben könnte. Es ist offensichtlich, dass die jeweilige Bevölkerung der drei ost-mitteuropäischen Länder fest entschlossen ist, eine solche Zuwanderung nicht zuzulassen, und dass sie auch bereit sind, einen hohen Preis dafür zu zahlen. Dies wiederum bedeutet, dass entsprechende Drohungen seitens der westeuropäischen Länder oder der Europäischen Kommission höchstwahrscheinlich wirkungslos bleiben müssen. Angesichts solcher Zahlen haben die Regierungen Polens, der Tschechischen Republik und der Slowakei gar keine andere Wahl als in dieser Sache hart zu bleiben. Sie würden ihre Existenz aufs Spiel setzen, wenn sie den Forderungen aus dem Westen, einen Teil der Flüchtlinge aufzunehmen, nachgeben würden.

---

21 Vgl. Thomas Petersen: Das politische Klima vor und nach der Bundestagswahl 2017, in: Ursula Münch (Hrsg.): Analysen zur Bundestagswahl 2017 (Arbeitstitel), Frankfurt am Main, im Erscheinen.

22 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11087.

23 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11087.

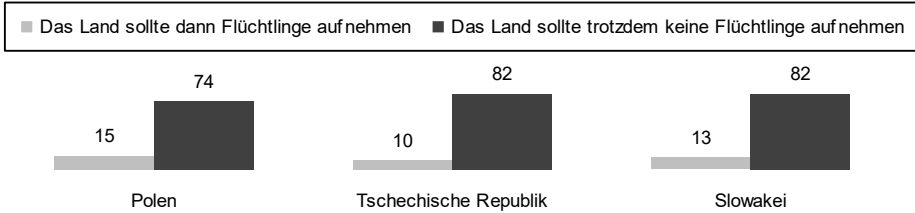
24 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11076/III.

25 Allensbacher Archiv, ifD-Umfrage Nr. 11087.

26 Attitude to receiving refugees, in: CBOS Polish Public Opinion 12/2017, S. 1–2, hier S. 1.

*Grafik 5: Ost-Mitteuropa: Keine Akzeptanz von Flüchtlingen auch bei Sanktionen*

Frage: „Sollte Polen/die Tschechische Republik/die Slowakei Flüchtlinge aus muslimischen Ländern aufnehmen, wenn andernfalls der Verlust finanzieller Unterstützung durch die EU drohen würde?“



Quelle: Attitude to receiving refugees. In: CBOS Polish Public Opinion 12/2017, S. 1–2. Dort S. 2.

### Historische Bruchlinien

Wie ist diese unüberwindlich scheinende Unvereinbarkeit der Haltungen zwischen West und Ost zu erklären? An dieser Stelle wird ein Problem sichtbar, das im Zuge der europäischen Integration immer wieder auftaucht, immer wieder überwunden werden muss und gleichzeitig zeigt, warum die europäische Einigung notwendig ist: Die tiefe Prägung der Bevölkerung, ihres kollektiven Gedächtnisses und sogar ihrer Mentalität durch unterschiedliche historische Erfahrungen. Große weltgeschichtliche Ereignisse hinterlassen tiefe Spuren in der Kultur, die über Jahrhunderte nachklingen. Das Echo des Dreißigjährigen Krieges mit seinen unbeschreiblichen Grausamkeiten und Verheerungen ist in Deutschland bis heute vernehmbar. Selbst der Limes, die Grenze des römischen Reiches in Europa, tritt heute noch in international vergleichenden Umfragen erkennbar hervor. In manchen Fragen der politischen und gesellschaftlichen Werteorientierung unterscheiden sich die Bevölkerungen in den Ländern, die vor zwei Jahrtausenden zum römischen Reich gehört haben, noch immer deutlich von denen, die nördlich dieser über Jahrhunderte bedeutenden politischen und kulturellen Grenze liegen, unabhängig von anderen Einflüssen wie der Konfession der Befragten oder der aktuellen Wirtschaftslage in den betreffenden Ländern. Die im Zuge der Krise in der Eurozone thematisierte Bruchlinie zwischen „Nordländern“ und „Südländern“ hat hierin wahrscheinlich eine ihrer tieferen Ursachen.<sup>27</sup>

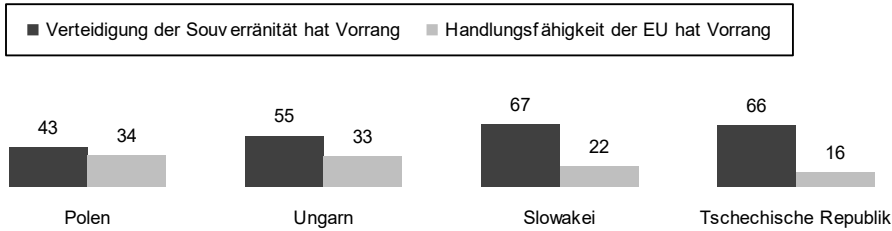
Im Falle der Konfliktlinie zwischen Ost und West über den Umgang mit Einwanderern braucht man nicht so weit in die Vergangenheit zurückgehen, um eine Ursache des Problems zu finden: Es spricht sehr viel dafür, dass die jahrzehntelange Erfahrung der ost-mitteleuropäischen Bevölkerung als Teil des Ostblocks nachwirkt. Vielen Menschen in dieser Region scheint schwer zu fallen, wenige Jahre nach der Befreiung aus einem repressiven Imperium, in denen ihre Länder keine echte Souveränität hatten, wieder Souveränität an ein übernationales Konstrukt wie die EU zu übertragen. Das CBOS-Institut hat dies im Sommer 2018 in einer Umfrage ausdrücklich angesprochen: In Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei wurde die Frage gestellt, ob die nationale Souveränität oder die Handlungsfähigkeit der EU derzeit Vorhang habe. In Ungarn, der Tschechischen Republik und der

27 Vgl. Thomas Petersen: Wie internationale Wertestudien das Gespräch zwischen den Nationen erleichtern können. Vortrag, gehalten auf der Tagung „Kollaboration oder Konkurrenz? Ziele und Perspektiven deutscher Kulturinstitutionen in Italien“ im deutsch-italienischen Zentrum Villa Vigoni, Lovenjo di Menaggio, Italien, am 14. Dezember 1999. Manuskript im Allensbacher Archiv.

Slowakei gab eine absolute Mehrheit der Befragten an, die nationale Souveränität habe Vorrang, in Polen war es eine relative Mehrheit von 43 gegenüber 34 Prozent (Grafik 7). Es wird deutlich, warum EU-Mehrheitsentscheidungen in diesen Ländern bis auf weiteres nicht durchzusetzen sein werden.

*Grafik 6: Ost-Mitteuropa: Nationale Souveränität hat Vorrang vor Handlungsfähigkeit der EU*

Frage: „Was ist derzeit wichtiger: Die Souveränität der EU-Mitgliedsländer zu verteidigen, auch wenn das die Handlungsfähigkeit der EU einschränkt, oder die Handlungsfähigkeit der EU zu sichern, auch wenn das die Souveränität der Mitgliedsländer einschränkt?“



Quelle: Opinions about membership in the European Union in Poland, Czech Republic, Slovakia and Hungary. CBOS Polish Public Opinion 8/2017, S. 1–2. Dort S. 1

Zusätzlich sind mehr als zwei Drittel der Befragten in allen vier Ländern der Ansicht, ihr Land habe keinen ausreichenden Einfluss auf die Entscheidungen und Handlungen der EU.<sup>28</sup> Das Gefühl der Wehrlosigkeit gegenüber einem übermächtigen Partner kennen aber zumindest die älteren Bürger dieser Länder aus der Sowjetzeit. Vor diesem Hintergrund werden Klagen, bei der EU handle es sich um ein aggressives Imperium, das die kleinen Völker unterdrücke, nicht richtiger, aber emotional verständlich. Ungeachtet ihres Wahrheitsgehalts sind sie relevant: Die europäische Einigung wird nur dann weitere Fortschritte machen können, wenn es gelingt, diese Empfindlichkeiten zu berücksichtigen, behutsam darauf einzugehen und im konkreten Fall nicht dogmatisch auf getroffenen Beschlüssen oder der Einhaltung von Prinzipien zu beharren. Letztlich kann es nicht darum gehen, mit vereinten Kräften widerspenstige Regierungen gleichsam niederzuringen. Das würde vermutlich nur zur Ausbildung einer verstärkten Wagenburg-Mentalität führen. Die europäische Einigung kann nur gelingen, wenn die Bevölkerung nicht notgedrungen oder wegen eines vermeintlichen kurzfristigen ökonomischen Vorteils Teile der nationalen Souveränität auf die europäische Ebene übertragen, sondern aus grundsätzlicher Überzeugung. Die Umfragen in Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn und der Slowakei zeigen deutlich, dass die Mehrheit der Bürger in diesen Ländern noch nicht dazu bereit ist.

### Weiterführende Literatur

Robert Worcester/Roger Mortimore/Paul Baines/Mark Gill: Explaining Cameron's Catastrophe, London 2017.

28 Opinions about membership in the European Union in Poland, Czech Republic, Slovakia and Hungary, in: CBOS Polish Public Opinion 8/2017, S. 1–2, hier S. 2.